



Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuell/mediathek/index.html>

Kiel, 20. Januar 2016

TOP 14: Null Toleranz bei sexualisierter Gewalt – gegen politische Instrumentalisierung der Kölner Vorgänge (Drs. 18/3728, 18/3766, 18/3667, 18/3769)

Dr. Ralf Stegner:

Der Staat muss konsequent handeln

Das Entsetzen über die kriminellen Taten der Silvesternacht in Köln, Hamburg und weiteren deutschen Großstädten sitzt tief. Unser Mitgefühl gilt allen Opfern.

Diese Vorgänge haben uns noch einmal vor Augen geführt, dass es auch in unserem Land viele Menschen gibt, vor allem Frauen, die sich im öffentlichen Raum nicht sicher fühlen. Wer Angst hat, auf der Straße belästigt zu werden, geht nicht mehr vor die Tür. Wer Angst hat, schränkt sich in seiner – richtiger wäre wohl in ihrer – persönlichen Freiheit ein. Das ist eine erschreckende Wahrheit über unsere Gesellschaft.

Sexualisierte Gewalt darf kein Tabuthema sein, sondern muss diskutiert und bekämpft werden. Sie ist allerdings in unserer Gesellschaft alles andere als neu. Viele Menschen sind wütend und fühlen sich vor Angriffen von Kriminellen nicht genügend geschützt. Diese Kriminellen haben nur eine Antwort verdient: Die volle Härte des Rechtsstaats mit schneller Aufklärung und konsequenter Verurteilung. Bei Kriminalität und Gewalt gilt für uns null Toleranz und wir verschweigen auch nicht, dass unter den Tätern offenkundig viele Asylbewerber waren. Transparenz ist erforderlich – alles andere schadet. Das klare Zeichen, dass wir solches

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Verhalten nicht dulden, ist auch eine humanitäre Verpflichtung gegenüber den Flüchtlingen die hier Schutz suchen und friedlich leben wollen.

Warum diskutieren wir hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag über die Vorgänge von Köln? Weil das ein neues Phänomen von öffentlich begangener massenhafter Gewalt gegen Frauen ist, für das auch neue Konzepte erforderlich sind? Ja, das ist **ein** Grund. Die geltenden Sicherheitskonzepte wird die Landesregierung auch in Schleswig-Holstein überprüfen müssen, besonders dahin gehend, wo Maßnahmen gegen sexuelle Gewalt im öffentlichen Raum verbessert werden können. Dafür brauchen wir wohl nur in wenigen Bereichen neue Gesetze, aber ausreichend Polizei.

Übrigens, Herr Kollege Günther, muss unsere Polizei nicht „von der Kette gelassen werden“, wie Sie das formuliert haben. Was ist das eigentlich für eine Vorstellung von Rechtsstaat? Wir haben hier eine Bürgerpolizei, die für das Recht steht, gute Arbeit leistet und solche Arten von Anfeuerung aus dem Parlament so nötig braucht wie einen Kropf.

Vor allen Dingen diskutieren wir aber darüber, weil viele Köln als Gelegenheit sehen für eine politische Zeitenwende:

1. Die einen rufen: Endlich darf man mal etwas gegen Ausländer sagen (als ob die das nicht längst getan hätten, die so reden).
2. Andere hoffen, dass endlich der Punkt gekommen sein könnte, Frau Merkel zur Umkehr in der humanitären Flüchtlingspolitik zu zwingen. Bei aller Kritik an der Bundeskanzlerin – in der Auseinandersetzung mit Herrn Seehofer stellen wir uns gewiss nicht an die Seite der CSU.
3. Die schlimmste Zeitenwende aber ist die Instrumentalisierung der Kölner Vorgänge durch Rechtspopulisten und Rechtsextremisten – darauf komme ich noch.

Was das Thema sexualisierte Gewalt angeht – und noch einmal: Das ist keineswegs ein neues Thema in Deutschland – bin ich froh, dass die CDU ihre Blockadehaltung beim Sexualstrafrecht aufgegeben hat, die so lange bestand, als es noch um deutsche Ehemänner ging und noch nicht um Flüchtlinge. Immerhin tragen Sie die Verschärfung des Sexualstrafrechts nun mit, die Heiko Maas bereits im Sommer des vergangenen Jahres vorgeschlagen hatte. Ein NEIN muss reichen.

Nach Köln schlug die Stunde der Populisten und Vereinfacher, die wegen einiger Krimineller nun alle Flüchtlinge unter Generalverdacht stellen. Aber einfache Antworten sind meistens weder wahr noch bieten sie Lösungen.

Ja, es gibt negative Erfahrungen mit Flüchtlingen über die angesprochenen Vorgänge hinaus. Es kommen Menschen zu uns, die anders sozialisiert sind. Es gibt auch schlimme Gewalttaten gegen Frauen, die von Flüchtlingen auch in unserem Land begangen werden.

Für uns ist doch selbstverständlich: Unser Menschenbild ist im Grundgesetz fest verankert. Unsere Leitkultur sind die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das gilt auch für Fragen der Gleichstellung. Und daran haben sich alle zu halten. Das ist doch überhaupt keine Frage.

Pauschalisierungen wiederum helfen in keinem Fall weiter – so auch in diesem. Flüchtlinge sind keine besseren Menschen, weil sie Schlimmes erlebt haben. Unsere Solidarität gilt all denen, die vor Krieg, Verfolgung und Elend in Deutschland Schutz suchen und nicht verdient haben, in Misskredit gebracht zu werden. Unsere Solidarität gilt allerdings ausdrücklich nicht den wenigen, die in Deutschland Straftaten begehen und dafür rechtskräftig verurteilt werden. Diese Menschen sind hier nicht willkommen. Bei Gewaltkriminalität kennen wir keine Toleranz.

Das gilt konsequent und für alle – unabhängig von der Staatsbürgerschaft. Es ist allerdings auch sehr ärgerlich, wenn unsere Polizei sich mit Vorgängen befassen muss, die auf Gerüchten und falschen Anschuldigungen beruhen, wie wir das von der Landespolizei hören.

Zu den Silvester-Ereignissen gibt es noch viele offene Fragen zu den Tätern. Die Öffentlichkeit hat Anspruch darauf, dass nichts verharmlost wird und es volle Transparenz über die Umstände und den Tathergang gibt. Die politische Antwort ist aber klar. Sie steht in unseren Gesetzen. Es greifen die Regelungen im Strafgesetzbuch, im Aufenthaltsgesetz oder auch im Asylgesetz. Unser Recht gilt überall in Deutschland und für jeden. Wir haben einen handlungsfähigen Rechtsstaat und eine unabhängige Justiz, die unsere Gesetze durchsetzt. Und deshalb gilt: Straftaten werden – ohne Ansehen der Person – verfolgt und bestraft.

Das heißt allerdings auch, dass bei rechtskräftig verurteilten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern von bestehenden Rückführungsmöglichkeiten konsequent Gebrauch gemacht wird. Asyl ist Menschenrecht und eines wird nicht geändert: Es wird keine Auslieferungen in

Länder geben, wo Folterknechte oder Henker auf diese Menschen warten – die müssen dann in deutschen Gefängnissen ihre Strafe verbüßen.

Am schlimmsten nicht nur gegenüber den Opfern ist aber für mich, dass die Ereignisse von Köln geradezu zum Freudenfest für die politische Rechte in Deutschland geworden sind.

Rechtspopulisten und Rechtsextreme hetzen, spielen mit den Ängsten der Menschen und versuchen mit vermeintlich einfachen Antworten auf Stimmenfang zu gehen. Unsere Antwort lautet: Haltung bewahren und die Gesellschaft zusammenhalten gegen Hetzer und rechte Brandstifter, die gerade die Welle der Verunsicherung und Empörung reiten.

Ja, wir sind entsetzt über die Taten von Köln, aber in Deutschland brennt auch jede zweite Nacht eine Flüchtlingsunterkunft, was viele gar nicht mehr zur Kenntnis nehmen. Wir sollten das aber nicht vergessen. Wir brauchen einen starken, handlungsfähigen Staat, der alle Menschen schützt. Die, die hier schon lange leben und die, die neu zu uns gekommen sind. Ein Staat, vor dessen Gerichten alle gleich behandelt werden und der Asylbewerbern schnell sagt, ob sie bleiben dürfen oder nicht. Das ist die Aufgabe des Bundesinnenministers in allererster Linie. Da versagt er komplett. Das ist und bleibt neben dem Datenaustausch unser Kernproblem.

Wer bleiben kann, den müssen wir gut integrieren und wir machen Politik für alle Menschen im Land – nicht nur für Geflüchtete. AfD und Co. wollen die Gesellschaft spalten mit dem Ruf: Seht mal, was die ausländischen Männer mit unseren deutschen Frauen tun. Wir müssen die Gesellschaft zusammenhalten, wir brauchen eine Kampagne des anständigen Deutschlands. Gesellschaftlicher Zusammenhalt funktioniert nur mit Solidarität und nicht mit Ausgrenzung. Die Folge von Köln darf nicht sein, dass sich die politische Rechte in deutschen Landtagen breit macht.

Alles, was dazu führt, dass diese Leute es einfacher haben, ist verantwortungslos. Weder sollte es einen Wettlauf mit Rechtspopulisten und Rechtsextremisten geben, was die Inhalte angeht, noch dürfen die Symbolthemen der Rechtspopulisten hochgespielt werden, weil man hofft, durch AfD-Sitze in Landtagen progressive Mehrheiten zu verhindern. Und die, die gar nicht wählen gehen, müssen wissen, dass sie Mitverantwortung dafür tragen, wenn die Feinde der Demokratie durch niedrige Wahlbeteiligung in die Parlamente gelangen und die Regierungsbildung beeinflussen.

Unser Staat ist stark und handlungsfähig. Unser Gemeinwesen ist solidarisch und hält zusammen. Wir schützen Menschen vor Gewalt und Kriminalität. Wir nehmen Herausforderungen positiv an, ohne Konflikte zu verschweigen. Wir pauschalisieren nicht, sondern sind bereit, für schwierige Fragen auch komplexe Antworten zu entwickeln.

Die Herausforderungen durch die hohen Flüchtlingszahlen sind hoch – und die Schwierigkeit auch. Ja, Deutschland kann nicht alle Probleme der Welt alleine lösen. Aber wir können einen wichtigen Teil schaffen, wenn wir gemeinsam anpacken, uns nicht entmutigen lassen und auch europäische und internationale Solidarität nicht einfach abschreiben. Wir müssen in allen Belangen konsequent sein.

Wir sollten aus den schlimmen Vorgängen von Köln die richtigen Konsequenzen ziehen. Null Toleranz bei Gewalt, keine pauschalen Verdächtigungen und auf keinen Fall eine politische Instrumentalisierung, die zum Rechtsruck in Deutschland führt und durch eine Politik der Abschreckung, Abschottung, Abschiebung ersetzt.